

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 109.

Dresden, Sonnabend den 14. Mai 1910.

21. Jahrg.

Arbeiter, gedenkt der ausgesperrten Bauarbeiter!

Pfingsten.

Wenn der Frühling in die rauschenden Wälder einzog, die Welt in Blüten jubelte, dann tanzten unsere heldenmütigen Vorfahren um brennende Holzstöcke und feierten singend den Sieg der Sonne. Für sie war der Beginn der warmen Jahreszeit Erwachen des Lebens nach langer, rauher Winterzeit. Ihre Frühlingsfeste waren jubelnde Gräße an die drohende Natur. Ein freies Naturvolk, noch nicht bedrückt von Fesseln gesellschaftlicher Mächte, standen sie unter dem Gesetz der Naturgesetze, die sie noch nicht zu meistern wußten. Um ihre Feste das Spiegelbild der Natur im Wechsel der Jahreszeiten. Der lodrende Holzstoß war das Sinnbild ihrer Freiheit.

Die Entwicklung sprengte den engen Rahmen, in dem sich das menschliche Leben abspielte. Auf den Trümmern der primitiven Gemeinschaft erhob sich das Privateigentum brachte Reichtum und Armut, Besitzende und Besitzlose. Die lebensfrohe Naturreligion verschwand, die lodrenden Feuer erloschen. Das Christentum stürzte die alten Götter. An Stelle der heidnischen Lebensfreude trat die Enstogung. Die Söhne des Waldes vergaßen Gesang und Tanz, sie deuteten das Knie vor dem Kreuze des Christen.

Im Dunkel des Mittelalters glimmten die heidnischen Lebensfreude noch in alten Volksbräuchen fort. Die christliche Kirche war klug. Sie ließ den alten Volksbräuchen gewöhnliche den eingewurzelten Feste den Stempel der christlichen Religion auf. So wurde auch aus dem heidnischen Frühlingsfest das Pfingstfest des heiligen Geistes.

Wenn das Volke feste feierte, so vergaß es seine Unterdrückung. Und die Kirche veräumte nicht, ihre Feste mit glänzender Musik, mit glänzender Pracht auszustatten. Die Armen, die die Unterdrückten ernährten, ließen die den Rosenkranz gleiten. Das Volk trug sein Schicksal geduldsfüllig und sank vor der weltlichen Macht in den Staub.

Immer Aberglaube umnebelte die Sinne. Wieder waren Scheiterhaufen zum Himmel, aber nicht, um die Sonne zu heizen. In den Flammen jammerten Heber und Regen, das abergläubische Volk trug Knecht und Herbe.

Ein gewaltiger Zeitraum trennt uns von dieser Schmach. Aufblühende Wissenschaft leuchtete in die mittelalterliche Nacht. Der Kapitalismus wurde geboren. Das Stampfen der Maschinen zerstörte die Idylle der „guten alten Zeit“. Eine neue Klasse wuchs empor, die nichts mehr von Pflichten und Gebotsbächen — das Proletariat.

In diesem Jahre taucht um die Pfingstzeit ein rätselhafter Stern aus der Tiefe des Weltalls auf. Der Komet, in Zeiträumen von dreiviertel Jahrhunderten die Erde kreuzt, ist ein Kronzeugnis für den Fortschritt der Menschheit. Ihm jagen einst Propheten stehend und bedend mit den Kirchenfabren entgegen. In abergläubischer Furcht war die Menschheit vor dem Erscheinen des Himmelsgestirns. Ihm sah sie den Verkünder von Hungernöten und Kriegszeiten.

Neute straten ihm Riesenerntroten entgegen. Der Mensch sich frei gemacht von der bleichen Furcht vor Naturmächten. Er erforscht, berechnet sie, stellt sie in seinen Dienst.

Dafür lasten wirtschaftliche Mächte schwerer denn je auf den Schultern der arbeitenden Menschheit. Der Kapitalismus hat die Völker der Erde schwerer heim, als es je eine „Jucht Gottes“ tat. Diese Mächte zu besiegen, steht das Proletariat in klirrender Rüstung. Das arbeitende Volk zittert nicht mehr auf nächstlichem Felde, um Kometen zu beschwören. Es schart sich auf der Straße um die rote Fahne des Sozialismus, im Kampfe um Freiheit und Recht.

Dem Proletariat bedeuten die kirchlichen Feste um so mehr, als die Kirche unserer Tage zur Dienerin der wirtschaftlichen Mächte geworden ist. In das fromme Pfingstfest mischen sich darum die Kampfeslieder der unterdrückten Massen. Und das Proletariat wird die Ketten der wirtschaftlichen Unterdrückung sprengen. Dann wird die befreite Menschheit das Freudenfest des Völkerfrühlings feiern.

Wenn der Komet wiederum aus den Tiefen des Weltalls taucht, wird er einer freien Menschheit strahlen? Wir wissen es nicht. Wir wissen aber, daß der Sieg kommen muß. In dieser Siegeszuversicht freut sich das arbeitende Volk der wenigen Festtage, die ihm als Oasen im Wüsten Einerlei von Arbeit und Entbehrung blühen.

Landtagschluß.

Nach Behauptungen der bürgerlichen Presse ist von dem verflochtenen Landtage ein Umschwung in der Behandlung parlamentarischer Geschäfte, ja in der ganzen sächsischen Politik erwartet worden. Ob es viel Leute mit solchen Hoffnungen gegeben hat, wollen wir dahingestellt sein lassen; wir Sozialdemokraten haben solche Ansichten jedenfalls nicht genährt. Zwar ist durch die gänzlich veränderte Zusammensetzung der Kammer der konservativen Vorherrschaft ein Ende bereitet worden, tatsächlich herrschte aber die konservative Reaktion nach wie vor in Sachsen.

Zwar die Wiederkehr einer Periode so volksfeindlicher Gesetzgebung wie die von 1895 bis 1902, die uns die Dreiklassenwahlrecht, die Verhinderung des Versammlungsrechts und die Konsumvereinstnebelung durch die Umsatzsteuer brachte, wäre jetzt in Sachsen unmöglich. Zur volksfeindlichen Initiative auf gesetzgeberischem Wege reicht heute die Macht der konservativen Elite nicht mehr aus, solange nicht die Nationalliberalen wieder wie ehemals zu konservativen Schlepenträgern herabsinken; wohl aber ist die Reaktion um Opitz noch in der Lage, dem Fortschritt den Weg zu verlegen. Im Verein mit der Ersten Kammer und der Regierung bilden die Konservativen noch eine reaktionäre Phalanx, gegen die freibürgerliche Anregungen und sozialpolitische Forderungen, und seien sie auch noch so bescheiden, nicht durchdringen können. Das hat sich in diesem Landtage verschiedentlich sehr deutlich gezeigt. Am schärfsten ist das beim Vergesetz, wo die eben erwähnte reaktionäre Koalition nicht einmal die Wiederwahl der Sicherheitsmänner zuließ, und durch die schroffe Ablehnung selbst der bescheidensten Reformversuche am Forst- und Feldstrafgesetz zutage getreten. Es war mehrfach zu beobachten, daß unter Rüggers Herrschaft nur das die Zustimmung der Regierung findet, was die Opitz-Gruppe in der Zweiten Kammer billigt. Es wird noch mancher Kämpfe bedürfen, ehe es gelingt, diesen Wall rücksichtslichen Widerstands zu durchbrechen. Vorläufig fehlt hierzu noch die erste Voraussetzung, nämlich eine entschiedene fortschrittliche Mehrheit in der Zweiten Kammer. Die nationalliberalen Rollstühle verlangen da völlig und von den Freisinnigen ist nicht viel zu erwarten.

Die sozialdemokratische Fraktion zog 25 Mann stark in den neuen Landtag ein und stellte damit mehr als ein Viertel der Abgeordneten. Mit einem Schläge war sie verhältnismäßig zahlreicher geworden wie die sozialdemokratischen Vertretungen in allen andern größeren Parlamenten in Deutschland. Vor eine völlig neue Situation gestellt, mit zum größten Teil parlamentarisch noch ungeschulten Kräften, mußte sie schnell, schon wenige Tage nach den Stichwahlen, in wichtige landespolitische Fragen eingreifen und zugleich durch Anträge die Initiative im Kampfe für des Volkes Wohl und Recht erfassen. In übergroßer Zahl traten Fragen und Aufträge an die junge Fraktion heran. Rasch mußte gehandelt, schnell entschieden werden. Es war unmöglich, alles in Angriff zu nehmen. Eine Beschränkung auf die dringendsten Aufgaben war eine unabwendbare Notwendigkeit. Doch wird kaum behauptet werden können, daß Mißgriffe oder wichtige Unterlassungen unterlaufen seien.

Sozialdemokratische Anträge und Forderungen führten notwendig zu scharfen Kämpfen gegen sozialpolitische Einseitigkeit, bürgerliche Vorurteile und arbeiterfeindliche Absichten, die die Haltung der bürgerlichen Vertretung mehr oder weniger stark bestimmten. Besonders trat das bei den sozialpolitischen Anträgen und den Forderungen nach Beseitigung des Schulgeldes und Übernahme der Volksschulen auf den Staat zutage. Und doch fanden unsere Genossen teilweise infolge der neuen Zusammensetzung des „hohen Hauses“ eine gegen früher völlig veränderte Situation vor. Wurden im Dreiklassenparlament und vorher unsere Forderungen in der Regel rundweg als utopistisch abgelehnt, ging man jetzt zumeist mehr oder weniger sachlich darauf ein und überwies sie zum Teil den Deputationen zur weiteren Beratung. Unter solchen Umständen entstand den sozialdemokratischen Vertretern neben dem Kampfe gegen die rücksichtslichen Mächte die Aufgabe, unter geschickter Berücksichtigung der Stärkeverhältnisse und Zustände der bürgerlichen Parteien das Hauptgewicht darauf zu legen, soviel wie möglich von unsern Forderungen in den Deputationsberatungen durchzuführen, soviel wie möglich aus den bürgerlichen Vorurteilen zu retten.

Diese Aufgabe war besonders in dem der sächsischen Sozialdemokratie fast völlig neuen Gebiete der Deputationsberatungen zu erfüllen. Hier ist von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten eine zum Teil komplizierte und oft schwierige Arbeit geleistet worden. Dasselbe Stärkeverhältnis wie in der Kammer war auch in den Deputationen zu finden; es stellten also auch hier die Sozialdemokraten mehr als ein Viertel der Vertreter. In jedem Gehegehensfall, bei jedem Staatskapitel, bei allen Anträgen mußten die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Forderungen geltend machen und Verbesserungen

durchzusetzen versuchen. Und diese aufreibende Arbeit war nicht völlig umsonst. Freilich waren bürgerliche Engbrigkeit und Sonderinteressen zumeist unüberwindliche Hindernisse für unsere grundsätzlichen Forderungen und Verbesserungsanträge, und doch sind mehrfach kleine Fortschritte erzielt worden. Ja, man kann sagen, daß all die kleinen Verbesserungen, die in einzelnen Fällen an den Vorlagen durchgeführt wurden, wie die Beteiligung der Vorherrschaften im höheren Mädchenschulwesen, die Kauterwahl bei der Wahl der Sicherheitsmänner im Vergütung usw., ohne die Sozialdemokratie nicht erreicht worden wären. In solchen Fällen bildeten zumeist Sozialdemokraten und Liberale die Mehrheit. Freilich ist auch manches von den witzigen Errungenschaften wieder am Widerstande der Ersten Kammer gescheitert, einiges aber doch auch gerettet worden. Immer haben die Sozialdemokraten versucht, nach vorwärts zu drängen; mochte es sich um Petitionen, Gesetzesvorlagen oder Staatskapitel handeln.

Die Redeschlachten im Plenum der Zweiten Kammer sind zum guten Teile sicher unseren Lesern noch in Erinnerung. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, hier davon ein zusammenfassendes Bild zu geben. Bemerkenswert sei nur, daß es dabei die Sozialdemokratie an Entschiedenheit und Umsicht nicht hat fehlen lassen. Zu allen wichtigen Punkten hat sie Stellung genommen; bei allen Gelegenheiten den Kampf für unsere Forderungen mit Nachdruck geführt. Dabei war zu berücksichtigen, daß unsere Fraktion mehrfach bei Abstimmungen über Vorlagen und Anträge den Ausschlag gab. Ihre Haltung und Taktik ergab sich daraus von selbst. Bei Wahrung ihres grundsätzlichen Standpunktes hat sie immer zu erreichen gesucht, was zu erreichen war. Vorlagen, die eine Verbesserung bedeuteten, wurden unterstützt, obwohl unzulänglich entschieden bekämpft. Dabei sind bei jeder Gelegenheit Rücksichtnahmen geübt und Mißstände ausgeglichen worden. So wird die Sozialdemokratie im sächsischen Landtage fortfahren, dabei auch die Erfahrungen der ersten arbeitsreichen Session zu bewerten. Nach wie vor wird und muß der Kampf um die sozialdemokratischen Forderungen, um Wohlfahrt und Recht die Hauptsache sein, dabei gilt es gleichzeitig das zu sichern, was wir den Herrschenden in diesem Kampfe abgerungen haben.

Die spanischen Wahlen.

Das erste, was ein neuer Ministerpräsident in Spanien tut, besteht in der Ankündigung, daß die Wahlen zur neuen Kammer in keiner Weise von der Regierung beeinflusst werden. Und Neuwahlen gibt es stets, wenn ein Ministeriumswechsel vor sich geht, da jedes Ministerium dem nachfolgenden die von ihm geschaffene Mehrheit hinterläßt. Der Anstand erfordert die Ankündigung, daß die Wahlvochbereitschaft des spanischen Volkes unantastbar sei — im Grunde bleibt aber keinem Ministerium etwas anderes übrig, als die Wahlen zu „machen“, solange die jetzigen Umstände bestehen bleiben. Wenn man diesmal nun hört, daß Canalejas „in der Tat die Wahlen nur wenig beeinflusst habe“, daß „nur“ vierzig Bürgermeister von ihm abgesetzt worden seien, so darf man sich dadurch nicht täuschen lassen und den Sieg der Liberalen nicht höher bewerten, als er es verdient. In der Cortes, die am 14. April aufgelöst wurde und an deren Stelle im Jahre 1907 der keristische Ministerpräsident Maura stand, sahen 240 Konservativen, 100 Liberale und etwa 100 Republikaner, Demokraten, Karlisten, Regionalisten, Unabhängige usw. Diesmal liegt das Kräfteverhältnis der beiden Hauptparteien, der Konservativen und der Liberalen, umgekehrt. An die Stelle von 240 Konservativen sind 230 Liberale getreten, an die Stelle von 100 Liberalen ebenfalls 230 Konservativen. Wir dürfen also die Bedeutung der neuesten spanischen Wahlen nicht in dem Sieg der Liberalen der neuesten spanischen Wahlen nicht in dem Sieg der Liberalen suchen; es ist der Sieg der ewig wandelbaren republikanischen Regierung. Viel wichtiger ist der Erfolg der Republikaner, die etwa 40 Sitze in der neuen Kammer haben werden. Die Republikaner, in der sich die Anhänger aller Richtungen treffen, hat sicher nichts dazu beigetragen. Ministerpräsident Canalejas ebenfalls nicht. Denn die republikanische Partei wurde und wird sowohl von Herrn Maura, als von Herrn Mores, als von Herrn Canalejas bekämpft. Die Republikaner haben bekanntlich bald nach dem Sturz von Maura, unter dem Ministerium Mores, bei den spanischen Gemeindevahlen große Erfolge errungen. Die republikanisch-sozialistische Koalition, die zum erstenmal vollzogen war, trug gute Früchte. In den Gemeinderat von Madrid wurden zum Beispiel 26 Republikaner und Sozialisten, 17 Liberale, 4 Konservative und 3 Mitglieder der „sozialen Verteidigung“ gewählt. Zum erstenmal erhielt die spanische Hauptstadt eine so starke republikanische Fraktion. Nun haben die Republikaner auch bei den Kammerwahlen ungefähr 15 Sitze neu gewonnen. Das Resultat in Madrid, wo die republikanische Liste mit über 10.000 Stimmen über die der Monarchisten siegte, bildet die größte Ueberraschung.

Die Gesamtlage war den Republikanern nicht besonders günstig. Weder stand ein Minister an der Spitze, der so reaktionär war, daß der Kampf ohne weiteres gegen ihn gerichtet werden konnte, noch ein Kabinett, von dem Hilfe zu erhoffen war. Canalejas, dem die demokratischen Formeln geläufig sind, verhandelte sich unter der Hand mit den Keristen; in Madrid hatte er mit Maura direkt einen Pakt abgeschlossen, der ja glücklicherweise nichts nützte. Ferner trat das maurische Wahlgesetz zum erstenmal in Wirkung, dessen Artikel 25 bestimmt, daß die Gewalterschaft zweier Senatoren oder ehemaligen Senatoren, zweier Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten, dreier

nicht
pugen.
te der
: Mus-
e be-
gelegt
Kopf
Re-
es am
aus-
Die
troffen
in ge-
Ent-
stions-
nden;
inbein-
er der
d o s
aber
dem
n Ge-
schicht
er be-
rhalts
verre".

Burteil
i der
t. Im
weder
rbeits-
keit er
erhob.
Nann
eboten.
blich
ualität
kräften
süßigen
sch in
wegen
t und
t; der
t. Das
mellen
Zeugen
n g t e

ch mit
menen

it ein-
des
Künst-
nach
ar der

es von
r Ver-
s. eine
ten, W
s das

be hat
W, von
n und
sch Be-
pflicht*

famm-
er b c
famm-
hülle
unter
gegen-
Sollten
schlagen
en die
stimmt

Der
agdbie,
wärtig
m Re-

Wert
en vor
sich die
Haupt-
ten der
Körner
ist auch
Dresden
jurid-
ist den
bereit
regeln.

ernent
Stgung
en, daß
ten ist.
er ist
Korbor-
orm ist
ein ver-
onstrum
rttags-
erlegt
breiter
schweis,
er vor-
le Ver-
gabden
Punkte
sche die
bringen

diesem
Rehen-
stgung
en; bis
Ausgang
ter Ver-
fahren.
lag den
r alle
doh die
ren.
Waller
haben,
er det-